

## **Für eine lebenswerte Umwelt**

### **Zukunftsfähige Wirtschaft**

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Lebensweise ist ökologisch nicht zukunftsfähig. Um das Ziel einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise erreichen zu können, müssen die entwickelten Länder ihren Ausstoß an Treibhausgasen und damit ihren Verbrauch an Öl, Kohle und Gas drastisch reduzieren. Wir brauchen erhebliche Energieeinsparungen und einen Umstieg auf erneuerbare Energieträger. Zugleich muss der Ausstieg aus der Atomenergie beschleunigt werden. Die Energieversorgung der Zukunft wird größtenteils auf Sonnenenergie beruhen. Dies muss schon heute entschiedener vorangetrieben werden. Damit wird vielen internationalen Auseinandersetzungen und Kriegen um Ressourcen die Grundlage entzogen.

Wirtschaftliches Wachstum muss und darf daher keineswegs mit wachsendem Ausstoß von Schadstoffen oder einem wachsenden Verbrauch von nicht regenerierbaren Rohstoffen oder Energieträgern verbunden sein. Ressourcen sparende technische Innovationen, betriebswirtschaftliches Kostendenken bei steigenden Preisen natürlicher Ressourcen und die Entwicklung in Richtung einer Dienstleistungs-, Wissens und Informationsgesellschaft ermöglichen es, wirtschaftliches Wachstum vom Verbrauch natürlicher Ressourcen zu entkoppeln. Dies setzt voraus, dass sich der Einsatz ökonomischer wie rechtlicher Instrumente an ökologischen Notwendigkeiten und nicht an ökonomischen Einzelinteressen orientiert.

### **Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft**

Für Atomausstieg und solare Energiewende, für eine Chemiewende und eine ökologische Abfall- und Kreislaufwirtschaft, für den Umstieg auf öffentliche Verkehrssysteme und den Verkehr mindernden Umbau der Siedlungsstrukturen, für Naturschutz, ökologischen Landbau und intelligente ökonomisch-ökologische Regionalisierungsstrategien brauchen wir eine gezielte und aktive Politik des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft.

Damit privatwirtschaftliche Betriebe ihre Anstrengungen zur Einsparung natürlicher Ressourcen verstärken, müssen die Kosten für Rohstoffe und nicht erneuerbare Energie steigen und die Kosten für erneuerbare Energie und für umweltverträglichere Produktionstechniken und Verkehrsmittel gesenkt werden. Dies wollen wir durch eine ökologische Steuerreform, mit der der Verbrauch natürlicher Ressourcen verteuert wird und die gezielte Förderung regenerativer Energien erreichen. Wir fordern die Durchsetzung des Verursacherprinzips. Die Besteuerung des Ressourcenverbrauchs ist nicht nur aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen notwendig, sie ist auch in höchstem Maße gerecht, denn auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen haben alle Menschen, die heute wie zukünftig lebenden, das selbe Anrecht. Ihre Nutzung zum Zwecke der Gewinnerwirtschaftung kann daher nicht frei sein. Von besonderer Bedeutung ist die Verbindung mit einem groß angelegten öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramm. Nur so können die großen Potenziale des ökologischen Umbaus für mehr und zukunftssichere Beschäftigung verwirklicht werden. Nur so kann erreicht werden, dass das mit einem ökologischen Umbau auch verbundene Schrumpfen bestimmter Produktionen nicht zu regionalen und sozialen Krisen führt. Ökologische Lenkungssteuern oder öffentliche Förderprogramme und Investitionen können jedoch in vielen Bereichen notwendige Ge- und Verbote nicht ersetzen.

### **Energie**

Staatliche Förderprogramme zur Erforschung und Entwicklung sowie zur Markteinführung regenerativer Energiesysteme müssen verstärkt werden. Das Instrumentarium reicht hier von Steuerbefreiungen bis hin zu direkter Subventionierung ökologisch nachhaltiger Produkte und Produktionsprozesse, umfasst aber auch die sukzessive Streichung von ökologisch schädlichen Subventionen. Das EEG muss beibehalten werden.

In der Energiewirtschaft ist der Wettbewerb auf das Ziel einer fortschreitenden Einsparung und regenerativen Erzeugung von Energien auszurichten. Wir fordern als Grundlage dafür die Vergesellschaftung der Netze unter Beteiligung von Bund, Ländern und Gemeinden, die von vielen Kommunen, Stadtwerken und Ökostromanbietern schon lange Zeit gefordert wird.

### **Wohnen und Verkehr**

Ein verstärktes staatliches Engagement ist auch bei der Konzipierung und dem Ausbau eines energiesparenden öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs erforderlich. Bei der Bahn müssen Pünktlichkeit und verlässliche Anschlüsse in einem möglichst flächendeckenden Netz Vorrang haben. Der Bund muss Mehrheitseigner der Bahn bleiben, insbesondere auf das Netz muss der Staat bestimmenden Einfluss haben. In diesem Zusammenhang lehnen wir auch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Verkehr, Energie, Wasser und Abfall entschieden ab.

Kommunale Flächennutzungs- und Siedlungspläne müssen den ökologischen Anforderungen Rechnung tragen. Die Siedlungsstrukturen und unser Städtebau sind so auszurichten, dass vermeidbarer Verkehr reduziert wird. Böden sind eine entscheidende und unersetzbare Lebensgrundlage. Sie sind sparsam zu nutzen, Eigentums- und Nutzungsrechte sind sozial zu gestalten.

### **Ökologisierung der Landwirtschaft und Tierschutz**

Neben der Schaffung und Bewahrung naturbelassener Flächen brauchen wir v.a. eine Ökologisierung der Flächennutzung. Die Ökologisierung der Landwirtschaft muss daher forciert und sozial ausgestaltet werden. Die hochgradig industrialisierte Landwirtschaft in Deutschland wie in der Europäischen Union ist auf dem Weltmarkt nur aufgrund hoher Subventionierung und Schutzzölle konkurrenzfähig. Diese Subventionen sind Schritt um Schritt an Kriterien einer ökologischen Landwirtschaft zu binden. Die marktbeherrschenden Lebensmittelkonzerne und Handelsketten müssen in diesen Umbauprozess einbezogen werden, damit eine regionalisierte und verbrauchsnahe Lebensmittelversorgung realisiert werden kann.

Wir lehnen vor diesem Hintergrund die Einführung genmanipulierter Lebensmittel ab. Das agrarwirtschaftliche Hauptproblem in der EU ist die Überschussproduktion und nicht etwa ein Nahrungsmittelmangel. Auch international werden schon heute mehr als genug Lebensmittel produziert. Der Hunger in der Welt ist ein Verteilungsproblem, das durch die Nutzung der Gentechnik nicht gelöst wird. Die WASG setzt sich für den Schutz der natürlichen Lebensräume der Tiere ein. Wir fordern die Abschaffung nicht medizinisch notwendiger Tierversuche und den Schutz der Tiere vor vermeidbaren Leiden sowie eine artgerechte Tierhaltung. Wir fordern die Einführung des tierschutzrechtlichen Verbandsklagerechts in Bund und Ländern.

### **Verbraucherschutz verbessern**

Der beste Verbraucherschutz ist eine Ökologisierung der Landwirtschaft und der ökologische Umbau der Industriegesellschaft insgesamt. Für souveräne Kaufentscheidungen der Verbraucher müssen Preise die ökologische Wahrheit sagen und eine umfassende Produktkennzeichnung realisiert werden. Die WASG tritt zudem ein für die verstärkte staatliche Förderung von Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, ihrer Forschung, Konsumgutttests und Publikationen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen uneingeschränkt Zugriff auf sämtliche Forschungsergebnisse aller staatlichen oder staatlich geförderten Forschungsinstitute sowie auf Informationsdatenbanken entsprechender Behörden haben. Alle vorhandenen oder neu hinzukommenden chemischen Substanzen, alle genmanipulierten Lebewesen samt ihrer Produkte und alle Strahlung, Lärm oder sonstige mögliche Gefahrenquellen emittierenden technischen Geräte müssen von unabhängigen Forschungsinstituten auf Kosten der Herstellerfirmen dieser Substanzen und Produkte auf humanmedizinische und ökologische Verträglichkeit und Unbedenklichkeit geprüft werden.